

Finanzkapitalismus – linke Perspektiven

Von Margret Kiener Nellen und Erwin Roos

Grundlagen

Von nichts kommt nichts, sagt der Volksmund. Unsere alltägliche Erfahrung bestätigt es: Nur wer handelt, setzt etwas in Bewegung, nur wer sät, kann ernten. Doch im Finanzkapitalismus scheint diese Regel ausser Kraft gesetzt, zumindest für jene, die über Kapital verfügen. Geld trägt Zinsen und scheint sich dabei von alleine zu vermehren, ohne jedes Zutun, ohne jede Bemühung. Marx hat das in der Formel $G-G'$ ausgedrückt: Aus Geld (G) wird mehr Geld (G').

Nun hätte der Volksmund dafür vielleicht eine einfache Erklärung, nämlich den Raub. Tatsächlich kann man sich ja bekanntlich mit fremden Federn schmücken, und ein Räuber kann ernten, was andere gesät haben. Allerdings verletzen KapitaleignerInnen beim Prozess $G-G'$ keine Gesetze. Um einen eigentlichen Raub handelt es sich nicht. Trotzdem: Die Vermutung ist nicht ganz falsch.

Wir wissen intuitiv: Bei $G-G'$ kann etwas nicht stimmen. Und dafür gibt es ja auch Indizien. Zum Beispiel ist Geld keine besonders stabile Grösse. Immer wieder kommt es zu Finanz- und Wirtschaftskrisen, in denen Geldtitel wie Aktien oder so genannte Derivate in rauen Mengen vernichtet werden. In manchen Ländern wird Geld immer wieder mal offiziell abgewertet. Oder es kommt zu starker Inflation. Oder aber – und das erleben wir gerade – Geld wird mit einem Negativzins belegt. G' wird damit also kleiner als G . Offenbar muss Geld und müssen Geldtitel (Wertpapiere) ›gestützt‹ werden, und offenbar kann diese Stütze erodieren oder gar einbrechen.

Wesentliche Teile der ökonomischen Überlegungen von Marx kreisen darum, diese Stütze zu eruieren und damit das Geheimnis des sich selbst vermehrenden Geldes zu lüften. Beim Prozess $G-G'$ muss demnach eine verborgene Quelle im Spiel sein. Banken und Finanzinstitute sind scheinbar in der Lage, einen anderswo erzeugten Geldzuwachs abzuschöpfen. Natürlich: Banken legen das ihnen übertragene Geld ja an. Zum Beispiel in Aktien von Unternehmen, die echte Waren und Dienstleistungen produzieren. Hier ist der Prozess zwar komplizierter, aber auch durchsichtiger. G wird nun nicht einfach mehr zu G' . Ein Unternehmen kauft mit Geld vielmehr Maschinen, Gebäude und Rohstoffe und bezahlt den Arbeiten-

den Löhne. Und dann verkauft das Unternehmen die Waren, die mit all diesen Produktionsmitteln hergestellt werden, und erhält für diese Waren mehr Geld, als die Produktionsmittel gekostet haben. Warum ist das möglich? Maschinen, Gebäude und Rohstoffe würden alleine nur passiv herumliegen. Erst die menschliche Arbeit macht aus ihnen Waren, die mehr wert sind, als was zu ihrer Herstellung nötig ist. Und dieses Mehr ist eben der Mehrwert, wie Marx diese Grösse nennt. Hier liegt die wahre Quelle der wundersamen Verwandlung von G in G' . Und diese Quelle kann nur fliessen, weil sie auf bestimmten sozialen Verhältnissen beruht: Hier die KapitaleignerInnen, die über die Produktionsmittel verfügen, dort die Lohnabhängigen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Und die dabei mehr produzieren, als sie mit dem Lohn bezahlt bekommen.

Von der Quelle des Mehrwerts – der Arbeit der Lohnabhängigen – bis zur Flussmündung – dem zinstragenden Kapital – geschieht nun allerdings noch so Einiges. Zum Beispiel fliesst Mehrwert aus allen Richtungen zusammen in breite Flüsse, in denen der Beitrag eines oder einer einzelnen Lohnabhängigen oder einer einzelnen Fabrik nicht mehr wiedergefunden werden kann. Überhaupt werden jetzt die Geldflüsse selbst zum Objekt von wirtschaftlichen Aktivitäten. Findige BankerInnen und Finanzfachleute haben entdeckt, dass man Wetten auf den Geldfluss von morgen und übermorgen machen und damit zusätzliches Geld ›verdienen‹ kann. Sie haben Wertpapiere (sogenannte Derivate) erfunden, die zum Beispiel darauf spekulieren, dass ein bestimmter Geldfluss morgen immer noch fliesst, und dabei mehr ›Wasser‹ führt (oder auch weniger) als heute. Und sie haben KäuferInnen für diese Wertpapiere gefunden. Weiter: Die cleveren BankerInnen und Finanzfachleute haben Derivate von Derivaten erfunden, also Wetten darauf, wie sich die Erst-Wetten entwickeln könnten. Und man glaubt es nicht: Auch für diese Derivate von Derivaten konnten und können sie KäuferInnen finden. So ist ein Kartenhaus von ›Wert‹papieren entstanden, das ein x -faches grösser ist als der Fluss, der dem Ganzen zugrunde liegt. Und in diesem ganzen unübersichtlichen Gefüge werden nun Geldgeschäfte getätigt – kein Wunder, dass die Quelle des Mehrwertes dabei x -fach verschleiert ist. Diese Kartentürme von Derivaten waren zu Marx' Zeiten zwar noch unbekannt. Dennoch hat Marx bereits das Wesentliche benannt: Finanzkapital, das sich nach der Formel $G-G'$ mehrt, trägt »in dieser Form keine Narben seiner Entstehung mehr. Das gesellschaftliche Verhältnis ist vollendet als Verhältnis eines Dings, des Geldes, zu sich selbst. ... Es wird ganz so Eigenschaft des Geldes, Wert zu schaffen, Zins abzuwerfen, wie die eines Birnbaums, Birnen zu tragen« (MEW 25, 405).

Damit ist die Entwicklung aber noch nicht zu Ende. Denn weil Geld im Kapitalismus das zentrale ›Schmiermittel‹ aller ökonomischen Prozesse ist,

gewinnen diejenigen besonders viel Macht, welche die Geldflüsse organisieren und kontrollieren: Das sind die Banken und die Finanzinstitute, aber auch die grossen multinationalen Konzerne, die meist selbst auch halbe Banken sind, selbst Finanzgeschäfte tätigen oder mit Wertpapieren spekulieren. Man nennt diese Akteure zusammenfassend das Finanzkapital. Solches Finanzkapital kauft zum Beispiel Unternehmen gegen deren Willen (›feindliche Übernahme‹), um sie dann in ihre Bestandteile zu zerlegen und einzeln mit Gewinn wiederzuverkaufen. Oder: Finanzkapital spekuliert darauf, dass Währungen steigen oder fallen, und hat damit schon wiederholt ganze Länder in Wirtschaftskrisen gestürzt. Noch schlimmer: Banken und Finanzinstitute nehmen massiven Einfluss auf die herrschende Politik. In der Schweiz sind die Finanzmarktakteure besonders stark. In der Folge schildern wir, was das für Folgen hat.

Deregulierung und Ungleichheit

In den Jahren seit der neoliberalen Wende ist die Macht der Finanzmarktakteure erheblich gestiegen. Auf der Konferenz von Bretton Woods wurde 1944 von der Politik ein Währungssystem ins Leben gerufen, das stark auf die Bedürfnisse der Wall Street zugeschnitten war und die gesamte Welt der Dominanz des US-Dollars unterwarf. Immerhin war das Finanzkapital bis zum Durchbruch des Neoliberalismus in wesentlichen Bereichen aber reguliert und eingeschränkt. So waren etwa Kapitalverkehrskontrollen in der Nachkriegszeit verbreitet und akzeptiert. Die Beherrschung der Politik durch den Finanzkapitalismus begann mit der neoliberalen Welle. In den 1980er Jahren verhalf die Politik dem Finanzkapital durch ›Deregulierung‹ zum grössten Schub in seiner Geschichte (u. a. Thatcherismus 1979–1990 und Reaganomics 1981–1989). Der Finanzkapitalismus wurde zu einer prägenden Macht der Wirtschaftspolitik. Unterstützt wurde dies auch durch die Digitalisierung der Finanzindustrie, dank der neue Finanzprodukte mit einfachen Mitteln geschaffen werden können und sämtliche Abläufe eine rasante Beschleunigung erfahren haben, wie zum Beispiel der Hochfrequenzhandel.

Eine der wichtigsten Begleiterscheinungen dieses Machtzuwachses für die Finanzindustrie ist, dass die ungleiche Verteilung des Reichtums praktisch in allen Ländern erheblich zugenommen hat. Mit einer Flut von Daten über die Entwicklung von relativer Armut und Reichtum liefert Thomas Piketty (2014) die wissenschaftliche Basis für eine aktualisierte Kapitalismuskritik. Er untersucht die Veränderungen in der Vermögensverteilung und Einkommensverteilung seit dem 18. Jahrhundert. Piketty vertritt die Thesen, die Vermögenskonzentration sei seit dem Beginn der Dominanz neoliberaler Politik in den Industrienationen deutlich gestiegen, eine Zunahme der Ungleichheit gehöre wesentlich zum Kapitalismus

und eine unkontrollierte Zunahme der Ungleichheit bedrohe Demokratie und Wirtschaft. Vereinfacht gesagt gilt: Die Renditen aus Kapital übersteigen das wirtschaftliche Wachstum, Kapitaleinkommen wachsen schneller als die Gesamtwirtschaft. Eigentum bringt also höheres Einkommen als Arbeit gegen Lohnentgelt.

Wie stark diese Entwicklung war, illustrieren die Zahlen in der nachfolgenden Tabelle. Während die globalen Finanzvermögen im Jahr 1980 noch in etwa der jährlichen Weltwirtschaftsleistung (Globales Sozialprodukt) entsprachen, betragen sie 28 Jahre später ungefähr das Dreifache.

Globale Umverteilung in Richtung Finanzvermögen

Globales Sozialprodukt und Finanzvermögen 1980–2008
in Billionen US Dollar

	1980	1990	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Finanzvermögen	12	48	112	114	113	126	139	155	174	194	178
Globales Sozialprodukt	10	21	37	39	40	42	46	49	52	57	61
Erdbevölkerung in Mrd. Personen	4.453	5.306	6.123	6.200	6.277	6.353	6.430	6.507	6.584	6.662	6.740

Quelle: Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck/Journalismus/Papier, Wien 2016

Wie sieht es diesbezüglich in der Schweiz aus? Gemäss dem Verteilungsbericht 2016 des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB besass im Jahr 2012 (aktuellste Daten) das reichste Prozent der Steuerpflichtigen 41 Prozent aller steuerbaren Reinvermögen. Das entspricht 638 Milliarden Franken. Auf die untersten 90 Prozente – also die grosse Mehrheit der Bevölkerung – entfielen dagegen lediglich 26 Prozent aller Vermögen. Damit belegt die Schweiz punkto Vermögenskonzentration international einen traurigen Spitzenplatz. Gemäss Credit Suisse besitzen die Reichsten nur in den USA und Hongkong einen grösseren Anteil des Gesamtvermögens. Zudem nimmt die Umverteilung zugunsten der Finanzvermögen laufend zu. Die fehlenden Steuern auf Erbschaften und privaten Kapitalgewinnen sind dabei ein wesentlicher Treiber.

Machtverschiebungen und Steuerpolitik

Jane Mayer beschreibt in ihrem Buch ›Dark Money: The Hidden History of the Billionaires behind the Rise of the Radical Right‹ (2017), welche Strategie die ultrakonservativen Superreichen in den Vereinigten Staaten gewählt haben: Mit ihren Milliarden unterstützen sie unter anderem Stiftungen, Thinktanks, Studiengänge, Medieninstitute und Universitäten. So erfolgt der Marsch durch die Institutionen, so gelingt es den Milliardär-

Innen, ihr rechtes Gedankengut in die Politik einzubringen. In der von Finanzinstituten stark geprägten Schweiz sind solche Praktiken schon seit Jahrzehnten etabliert. 1962 übte die Schweizerische Bankiervereinigung mit einem Telegramm Druck auf den Bundesrat aus (Telegramm des Präsidiums der Schweizerischen Bankiervereinigung an den Bundesrat vom 5.6.1962). Es ging damals um einen vom Parlament bestellten Bericht zur Steuerhinterziehung (Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zur Motion Eggenberger/SP betreffend wirksamere Bekämpfung der Steuerdefraudation vom 25. Mai 1962). Die Bankiervereinigung fürchtete den Druck des Auslands auf das Bankgeheimnis und somit auf den schweizerischen Finanzplatz. Seither haben der Bundesrat oder die rechte Parlamentsmehrheit stets alle Anträge der Linken abgelehnt, das Ausmass der Steuerhinterziehung in der Schweiz zu schätzen. Signifikant ist heute auch die Rolle der ›Big Four‹ – der vier grössten Steuerberatungsgesellschaften PwC, KPMG, ey und BDO. Sie haben in den meisten Hauptstädten Sitzgesellschaften und sind weltweit sowohl als Steuersenkungslobbyisten bei den Behörden als auch als Steuerminimierungsberater der globalen Konzerne aktiv. Dadurch sind sie Hauptakteure für das internationale Steuerdumping.

In Bezug auf Steuern stehen in Öffentlichkeit und Medien oft nur Einkommens- und Unternehmensgewinnsteuern sowie Steuersätze zur Debatte. In den letzten dreissig Jahren wurden aber verschiedene andere Steuerarten abgeschafft oder reduziert. In rasantem Tempo wird das strategische Ziel der Steuerfreiheit für das Kapital umgesetzt.

In der Schweiz sind das Kapital respektive die Kapitalbesitzenden steuerlich massiv entlastet worden mit

- der Abschaffung der kantonalen Kapitalgewinnsteuern auf privaten Gewinnen mit Kapitalanlagen (z. B. bei einem Aktienverkauf)
- der Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für direkte Nachkommen
- der teilweisen Abschaffung der Handänderungssteuer
- der Halbierung der Kapitalsteuern
- der Senkung der Gewinnsteuern der Kapitalgesellschaften
- der Anrechnung der Gewinnsteuern an die Kapitalsteuern in vielen Kantonen
- der Halbierung der Dividendenbesteuerung
- der Einführung des schrankenlosen Kapitaleinlageprinzips ohne flankierende Besteuerung der privaten Kapitalgewinne
- der Senkung der Vermögenssteuern
- der steuerlichen Begünstigung von Holding-Gesellschaften sowie
- den Entlastungen bei der Grundstückgewinnsteuer.

Die Schweiz hat auf diese Weise eine ›Spitzenposition‹ im internationalen Steuerwettbewerb erreicht, wie es der jüngste BAK Basel Taxation Index für Unternehmen 2017 (BAK 2017) erneut aufzeigt.

Der grösste Abstimmungsbetrug in der Geschichte der Schweiz geschah 2008 in der Unternehmenssteuerreform (USR) II: Sie ist ein Milliarden-Steuer Geschenk an die reichsten GrossaktionärInnen. Und sie ist gerade nicht »vor allem eine Vorlage zugunsten der KMU« – mit »Tausenden von Malern, Apothekern, Garagisten, Floristen, Metzgern ... und Landwirtschaftsbetrieben« – wie sie vom damaligen Bundesrat mit den Herren Blocher und Merz angepriesen worden ist. Dank dem dabei eingeführten Kapitaleinlageprinzip ist es möglich, dass die Unternehmen ihren AktionärInnen riesige Beträge aus den Kapitaleinlagereserven auszahlen, die von allen Steuern befreit sind. Der Trick: Wenn eine Aktiengesellschaft eine Aktie im Nennwert von einem Franken für 40 Franken herausgibt, kann sie das ganze Aufgeld (genannt Agio) von 39 Franken steuerfrei ausschütten. Per Ende 2017 erreichten die zur steuerfreien Ausschüttung zugelassenen Kapitaleinlagereserven die gigantische Summe von über 2000 Milliarden Schweizer Franken. Im Abstimmungsbüchlein vom Februar 2008 war dazu keine Zahl genannt. Die Unterbesteuerung der AktionärInnen in der Schweiz ist verfassungswidrig, da sie den Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verletzt. Zwar kennen auch andere Länder das Kapitaleinlageprinzip, allerdings nur mit Schranken und in Kombination mit flankierenden Kapitalgewinnsteuern, die in der Schweiz fehlen.

Einige Massnahmen zur Zähmung des Finanzkapitals

Zunächst gilt es, die enormen Steuerprivilegien von Unternehmen und Kapitalbesitzenden zu korrigieren. Kein anderes Land der Welt erlaubt Billionen von total steuerfreien Substanz ausschüttungen aus den Aktiengesellschaften, wie die Schweiz es tut – und dies erst noch prioritär gegenüber den tiefbesteuerten Dividenden aus den Gewinnen.

Ins gleiche Kapitel gehört auch eine entschlossene Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Basierend auf Schätzungen von Schneider, Torgler und Schaltegger (2008) ist davon auszugehen, dass dem Bund, Kantonen und Gemeinden jedes Jahr wegen der Steuerhinterziehung von Privaten rund 20 Milliarden Franken an Einnahmen entgehen. Interessant ist auch der Vorschlag der ExpertInnengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie unter Leitung von Professor Aymo Brunetti vom 1.12.2014, wonach für Konzerngesellschaften für alle schweizerischen Aktivitäten eine einheitliche Gewinnsteuer zu prüfen sei. So könnte dem absurden Steuerwettbewerb nach unten zwischen den Kantonen ein Ende gesetzt werden (Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie 2014). Die

Zeit ist reif für die Schweiz, sich nicht noch stärker als Spitzenlokomotive des internationalen Steuerdumpings zu betätigen. Auch die Bevölkerung opponiert zunehmend, wie die wuchtige Ablehnung der letzten Unternehmenssteuerreform (USR III) mit 59.1% Nein-Stimmen gezeigt hat.

Eine weitere wichtige Thematik wird seit der Finanzkrise 2007/2008 in der ganzen Welt unter dem Begriff ›Too-big-to-fail‹ diskutiert (vgl. Hablützel 2013). Gemeint ist, dass die Grossbanken zu bedeutend für die Wirtschaft geworden sind, als dass ein Staat sie in den Konkurs gehen lassen könnte. Alle scheinen sich einig zu sein: Die Finanzwelt muss so umgebaut werden, dass in einer nächsten Krise keine Staatsbeiträge für Rettungspakete an Banken und Versicherungen mehr nötig sind. Tatsächlich kommen die entsprechenden Reformen aber nur schleppend voran. Die Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie ist der Ansicht, dass die systemrelevanten Finanzdienste (z. B. Zahlungsverkehr) exklusiv als Service public angeboten werden müssen, um die Problematik ernsthaft anpacken zu können. Zudem muss ein guter Teil der Gewinne der Finanzinstitute steuerlich abgeschöpft werden, um die ständig neuen Aufblähungen der Finanzmärkte zu unterbinden (Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie 2010).

Literatur

BAK (2017): BAK Taxation Index 2017. www.baktaxation.com

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie (2010): Zur Too-big to fail-Problematik: Finanzdienste als Service public. http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Finanzdienste_als_Service_public_Juni_2010.pdf [Stand 4.5.2018]

Expertengruppe zur Weiterentwicklung der Finanzmarktstrategie (2014): Schlussbericht vom 1.12.2014. <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/37585.pdf> [Stand 4.5.2018]

Hablützel, Peter (2010): Die Banken und ihre Schweiz. Zürich

Mayer, Jane (2017): Dark Money: The Hidden History of the Billionaires Behind the Rise of the Radical Right. New York

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. München

Schneider, Friedrich, Torgler, Benno, Schaltegger, Christoph A. (2008): Schattenwirtschaft und Steuermoral. Zürich

Schweizerischer Gewerkschaftsbund (2016): SGB-Verteilungsbericht 2016. Eine Analyse der Lohn-, Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz, Dossier 117

Quellen

Motion Eggenberger betreffend wirksamere Bekämpfung der Steuerdefraudation (vom 25. Mai 1962). Bundesblatt, 7. Juni 1962, 1057–1115

Credit Suisse Global Wealth Databook 2016

Telegramm des Präsidiums der Schweizerischen Bankiervereinigung an den Bundesrat vom 5.6.1962, <http://dodis.ch/30715> [Stand 4.5.2018]